

Beschluss des Landrats vom 12.09.2019

Nr. 100

8. Fragestunde der Landratssitzung vom 12. September 2019

2019/440; Protokoll: gs

1. Jan Kirchmayr: Instrumentalunterricht FMS

Jan Kirchmayr (SP) dankt für die Beantwortung der Fragen. Schweizweit wird der Sport ja breit gefördert. Der Sport ist ja auch im Kürzel BKSD enthalten. Man hat aber auch den Musikförderungsartikel in die Verfassung aufgenommen – und somit die Verpflichtung, Kinder und Jugendliche musikalisch zu fördern. Daraus resultiert die Zusatzfrage: *Welche Massnahmen hat der Kanton seit der Annahme des Musikförderungsartikels unternommen, um die Musik in einem mit dem Sport vergleichbaren Mass zu fördern?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, die musikalische Förderung erfolge auf breiter Stufe. Sie ist in der Stundentafel der Primar- und der Sekundarstufe enthalten. Dass man zusammen musiziert, fängt aber bereits im Kindergarten an. Auf der Sek-Stufe ist die musikalische Förderung ein wichtiger Teil der Stundentafel. Und die Begabtenförderung im Kanton Basel-Landschaft ist sehr gut ausgebaut – welche Talente man hat, kann man immer wieder an den Konzerten der sehr begabten Schülerinnen und Schüler sehen. Das geht über die ganze Laufbahn.

Miriam Locher (SP) hat eine Zusatzfrage betreffend FMS-Stundentafel: *Gibt es eine Vorgabe, dass ihre Überarbeitung kostenneutral erfolgen muss?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, der Regierungsrat habe keine Vorgaben gemacht. Es ist Aufgabe der Verantwortlichen der FMS, eine Stundentafel zusammenzustellen, die den EDK-Vorgaben entspricht. Selbstverständlich wird auch die Frage des Instrumentalunterrichts genau geprüft: Will man dies für obligatorisch erklären? Wie kann man diese musikalische Förderung in der Stundentafel möglichst gut abbilden?

2. Caroline Mall: Radarkontrollen

Caroline Mall (SVP) dankt für die kurzen und knackigen Antworten – und stellt zwei Zusatzfragen: *Es gibt im Kanton drei semi-stationäre Radaranlagen. Sind sie 365 Tage im Jahr im Einsatz? Und: «Die Bussengelder fliessen in den allgemeinen Staatshaushalt und sind nicht zweckgebunden», heisst es. Wo sind diese Gelder genau hingeflossen? Die schriftliche Antwort der Regierung führt unweigerlich zu einer Motion für eine zweckgebundene Verwendung dieser Mittel.*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) sagt, die semi-stationären Anlagen seien natürlich nicht immer in Betrieb; weil sie teils ja auch verschoben werden müssten. Wie hoch die Auslastung der Geräte ist, kann gerne nachgetragen werden. Und: Welche Zweckbindung der Einnahmen angesprochen ist, erschliesst sich nicht ganz. Das ist eine neue Frage. Grundsätzlich gehen die Bussen in den allgemeinen Staatshaushalt und sie sind eben nicht zweckgebunden.

Caroline Mall (SVP) sagt, dass die Idee einer Zweckbindung bloss laut gedacht war. Da wird aber sicher eine Motion der Fraktion kommen. Die Zusatzfrage zuvor lautete: *Wo wurden die eingenommenen Gelder investiert?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) sagt, die Einnahmen seien bei der Sicherheitsdirektion verbucht. Sie fliessen aber in den gesamten Haushalt. Sie helfen mit, das Defizit der Sicherheitsdirektion rechnerisch zu reduzieren. Die Mittel sind aber nicht gebunden. Mehr Busseneinnahmen bedeuten nicht, dass man an andern Orten mehr ausgeben könnte. Das ist nicht der Fall.

Hanspeter Weibel (SVP) sagt, die «Standorte für Geschwindigkeitsmessungen werden «vorgängig nach Unfallhäufigkeit» etc. bestimmt. Der Redner hat vor einigen Jahren einen Vergleich zwischen der Karte der Unfallschwerpunkte und den Messungen gemacht. Die gleiche Karte für Basel-Stadt zeigt 90 % Übereinstimmung. Es finden dort Kontrollen statt, wo eine hohe Unfallhäufigkeit gegeben ist. Im Kanton Baselland ist es umgekehrt: Es gibt so gut wie keine Deckung zwischen den Unfallschwerpunkten und den Kontrollen. Die Zusatzfrage lautet: *Kann der Landrat eine aktualisierte Karte erhalten mit den Unfallschwerpunkten und den Kontrollpunkten?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) sagt, dass die Karte der Unfallschwerpunkte gemäss ihrem Wissen einmal im Jahr publiziert wird. Das Matching ist aber nicht nur darauf, sondern auch auf viele andere Kriterien bezogen.

Felix Keller (CVP) sagt, die Standorte für die Geschwindigkeitsmessung würden «vorgängig nach Unfallhäufigkeit oder Schutzbedürftigkeit angeordnet, z.B. bei Schulanlagen, erhöhter Publikumsverkehr, Baustellen oder Lärm». Der Redner ist oft zwischen Allschwil und Oberwil unterwegs. In der Talsenke bei der Bushaltestelle steht ab und zu solch ein Radar. Darauf fusst die Zusatzfrage: *Was ist dort das Kriterium?* Von den vier genannten Kriterien ist keines gegeben.

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) verweist den Fragesteller auf seine Aufzählung: In der Senke hat es eine Bushaltestelle. Das dürfte einer der wichtigen Gründe sein, weshalb man dort Messungen macht. Die Rednerin kennt den Ort aber nicht genau. Es gibt mehrere Gründe, weshalb man eine Radaranlage aufstellt. Ein Unfallschwerpunkt ist ein Thema, die Sicherheitsbedürfnisse sind ein anderer Aspekt; wie auch Lärm oder Meldungen aus der Bevölkerung.

Andreas Dürr (FDP) sagt, dass die Radarmessung in Oberwil sehr seltsam sei, weil es keine Deckungsgleichheit gebe. Es könnten fünf weitere fragwürdige Standorte genannt werden – etwa an der Birsfelderstrasse in Muttenz, wenn man von der Autobahn kommt. Die Idee einer Matching-Karte Unfallhäufigkeit/Messungen zu Händen des Landrats, die Hanspeter Weibel aufgebracht hat, sollte möglich sein. Das soll damit im Rahmen dieser Fragestunde bestellt werden.

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) geht davon aus, dass das Thema in der Direktion noch angeschaut wird.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
